

## LEGALISTISCHER ISLAMISMUS

### HIZB UT-TAHRIR (HUT, PARTEI DER BEFREIUNG)

	<b>Kurzprofil</b>	Die mit einem Betätigungsverbot belegte HuT ist weltweit in über 40 Staaten mit etwa einer Million Mitgliedern präsent. Ziel der panislamischen Organisation ist die „Befreiung“ aller Muslime von „Unterdrückung“ und deren Vereinigung in einem weltweiten „Kalifat“ mit islamischer Rechtsordnung. Insbesondere in den sozialen Medien gibt es zahlreiche Gruppierungen mit Bezügen nach Hessen, die eine ideologische Nähe zur HuT aufweisen. Hierzu gehört die im Rhein-Main-Gebiet ansässige Gruppierung Realität Islam (RI).
	<b>Entstehung</b>	1953 im damals von Jordanien besetzten Ostteil Jerusalems von dem palästinensischen Politiker Taqi ad-Din an-Nabhani gegründet, der der MB nahestand.
	<b>Gewalt</b>	Aus Sicht der HuT haben „unterdrückte Muslime“ das Recht auf „Selbstverteidigung“ mit allen Mitteln. Daher billigt die HuT oft Gewalttaten anderer islamistischer Gruppierungen.
	<b>Regionale Schwerpunkte</b>	RI fokussiert sich auf die digitale Präsenz auf Plattformen wie Facebook, Instagram, YouTube, X und TikTok. Zahlreiche virtuelle Kontakte von RI und anderen HuT-nahen Gruppierungen zum Beispiel nach Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Berlin und Niedersachsen sind Belege für die bundesweiten ideologischen Überschneidungen der dort tätigen Gruppierungen.
	<b>Führung</b>	Ata Abu al-Rashta (alias Abu Yasin).
	<b>Personenpotenzial</b>	In Hessen in den letzten Jahren unverändert 100, bundesweit 850. HuT-Angehörige treten in Deutschland wegen des Betätigungsverbots nicht offen in Erscheinung.
	<b>Verfassungsfeindlichkeit</b>	Ziel der HuT ist die Vereinigung der weltweiten Gemeinschaft der Muslime (arab. umma) in einer Theokratie ohne nationale Grenzen unter der Führung eines Kalifen, der die Scharia verbindlich durchsetzt. Islam und Demokratie sind für die HuT nicht miteinander vereinbar. Sie veröffentlichte in den vergangenen Jahren zahlreiche Manifeste auf ihrer Internetseite für den deutschsprachigen Raum, die aufgrund ihrer islamistischen Programmatik auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen. Die HuT-nahe Gruppierung RI vertritt eine antiliberalen, antipluralistischen und antidemokratische Haltung sowie ein elitäres Verständnis im Sinne einer Überlegenheit von Muslimen gegenüber der „westlichen“ Gesellschaft. Verlautbarungen von RI belegen, dass zwischen ihr und der HuT nicht nur eine ideologische Nähe besteht, sondern sie auch aktiv die tatsächliche Umsetzung einiger HuT-Leitlinien betreibt. Die HuT wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 4 HVSG beobachtet.
	<b>Betätigungsverbot</b>	2003 sprach der Bundesminister des Innern ein Betätigungsverbot gegen die HuT aus, 2006 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht das Verbot und verwies in seiner Begründung auf Art. 9 Abs. 2 GG, wonach Vereinigungen verboten sind, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. In dem Urteil hieß es ferner, dass die HuT zur gewaltsamen Beseitigung des Staates Israel und zur Tötung von Menschen aufgerufen und dadurch der friedlichen Lösung der israelisch-palästinensischen Interessensgegensätze entgegengewirkt habe.

## Themen



- Verbot der HuT in Großbritannien
- Reaktionen auf das Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH)
- Sturz der syrischen Regierung
- Reaktionen auf den Anschlag in Magdeburg

### Verbot der HuT in Großbritannien

Das Verbot der HuT wurde am 19. Januar in Großbritannien durch das britische Innenministerium als „terroristische und antisemitische Organisation“ vollzogen. HuT-nahe Kanäle aus dem deutschsprachigen Raum sowie einzelne RI-Anhänger kommentierten das Verbot. Es wurde unter anderem als „logische Konsequenz einer westlichen Verbotspolitik“ und als „Werkzeug einer Assimilationspolitik“ bezeichnet.

### Reaktionen auf das Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH)

Darüber hinaus reagierte RI auf das am 24. Juli ausgesprochene Verbot des IZH und der dazugehörigen Teilorganisationen, wie das in Frankfurt am Main ansässige Zentrum der islamischen Kultur (ZIK). In einer Stellungnahme auf Instagram hieß es, das vom Bundesministerium des Innern verfügte Verbot sei „islamfeindlich motiviert“, ein „Angriff gegen das islamische Leben in Deutschland“ und eine „Fortset-

zung der Wertediktatur“. Zugleich betonte RI, dass, „egal welcher islamischen Glaubensüberzeugung man folgt man zusammenstehen“ müsse. In Kommentaren zu dem RI-Beitrag stand, dass „Demokratie, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit in Deutschland nur lächerliche Parolen sind, die in Wirklichkeit nicht existieren“, Vereinsverbote „dekadent und oberflächlich“ seien und der Staat nicht verstehe, was „freiheitlich-demokratisch“ oder „rechtsstaatliches Handeln“ sei.

### Sturz der syrischen Regierung

Auf die Einnahme von Damaskus (Syrien) durch das islamistische HTS und den Fall der syrischen Regierung am 8. Dezember reagierte RI mit einer Veröffentlichung auf Instagram. Versehen mit dem Titel „Die Umma und ihre Riesenchance, die sie nicht verpassen darf“, zeigte eine Bildcollage mehrere Flag-



#### Infobox



Die **HuT-Programmatik** sieht eine klare Abgrenzung der *Umma* gegenüber angeblich frevelhaften und moralisch verkommenen Regierungsformen vor. Auch RI-Verantwortliche kritisierten regelmäßig „Regierungssysteme“, „Medienschaffende“ und das demokratisch verfasste Wertesystem. RI sah die Muslime in einer Opferrolle und argumentierte in der Regel aus einer Verteidigungsperspektive heraus. RI-Protagonisten prangerten in ihren Videobotschaften die deutsche Politik und Gesellschaft an und kritisierten, dass „Muslime systematisch kriminalisiert und marginalisiert“ und

Grundzüge der islamischen Lebensweise „dämonisiert“ würden. Im angeblichen staatlichen „Assimilationsdruck“ sieht RI eine permanente Gefährdung der islamischen Identität. Gleichzeitig beklagt die Gruppierung fortwährend, dass von Seiten des Staates keine Identifikationsangebote gemacht würden, die es Muslimen ermöglichen, an der Gesellschaft teilzuhaben, ohne ihre Identität aufzugeben zu müssen. Vor staatlichen Repressionen seien Muslime nur in einem islamischen Kalifat sicher, das ihre islamische Identität bewahre.

gen mit den Schriftzügen „Nationalismus“, „Säkularismus“, „Koloniale Ordnung“ und „Islam“. Hierzu postete RI: „Die Umma steht womöglich vor ihrer Chance des Jahrhunderts. Bashar Al-Assad wurde durch die Händen [sic] der Umma und mit der Erlaubnis Allahs (t) auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen“. RI mahnte, dass es ein Fehler wäre, sich nur mit der „Beseitigung Bashar Al-Assads zu begnügen“ und dass dieser Fehler im Diesseits wie im Jenseits bitter bereut würde. „Die Umma [habe] die Herrschaft über ihren Boden zurückgerlangt“. Die Unterstützung der Umma sei eine Verpflichtung, der „unmittelbar nachgegangen werden müsse, um die Gerechtigkeit Allahs (t)“ herzustellen. Außerdem sprach RI von der Möglichkeit, den „Islam als allumfassende Lebensordnung in Form der Wiedererrichtung des Kalifats im nahen [sic] Osten“ zu etablieren.

### Reaktionen auf den Anschlag in Magdeburg

Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) am 20. Dezember veröffentlichte RI bis Jahresende drei Videos, die Anfang Januar 2025 zwischen 8.300 und 11.400 Klicks erreichten. Aus dem Attentat konstruierte RI eine allgemein islamfeindliche Haltung in Deutschland. Die Sprecher der Videos betrachteten Medien und Politik für diese angeblich fremden- und islamfeindliche Stimmung in Deutschland als verantwortlich. Der Attentäter von Magdeburg sei „nur der Vollstrecker“ einer hasserfüllten Atmosphäre gewesen, in der er in Deutschland sozialisiert worden sei. RI nahm zudem Bezug auf frühere Attentate. Magdeburg habe denselben ideologischen Hintergrund wie „Hanau“ oder „Halle“. Immer seien Minderheiten die Opfer, wobei Muslime besonders häufig betroffen seien.



## MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)/DEUTSCHE MUSLIMISCHE GEMEINSCHAFT E. V. (DMG)

	<b>Kurzprofil</b>	Die ägyptische MB ist in zahlreichen Staaten der Welt vertreten. Sie ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung unter den Sunnitern. Ziel der MB ist die Errichtung eines weltumspannenden Gemeinwesens als Theokratie auf der Grundlage von Koran und Sunna. In Deutschland ist die DMG die größte Organisation, welche die Ideologie der MB vertritt. In Anlehnung an ihre Mutterorganisation bemüht sich die DMG durch soziales und religiöses Engagement und Dialogangebote um Akzeptanz in der Gesellschaft. Im Rahmen ihrer auf lange Sicht angelegten Unterwanderungsstrategie zielen diese Versuche jedoch letztlich darauf ab, die Ideologie der MB in Deutschland gesellschaftsfähig zu machen und die Gesellschaft sukzessive zu durchdringen.
	<b>Entstehung</b>	1928 von dem Volksschullehrer Hasan al-Banna als Reaktion auf die zunehmende Europäisierung in Ägypten gegründet. 1960 rief Said Ramadan, ein Schwiegersohn al-Bannas und hoher MB-Funktionär, in München (Bayern) die Moscheebau-Kommission e. V. ins Leben. Daraus ging unter anderem 1982 die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) hervor, die sich 2018 in DMG umbenannte.
	<b>Gewalt</b>	Offiziell lehnt die MB Gewalt ab, sie befürwortet jedoch bestimmte Gewaltformen wie den militanten Jihad. Vor allem hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts werden gewalttätige und terroristische Mittel als legitim angesehen. Einige MB-Akteure sprechen sich zudem für <i>hadd</i> -Strafen (Körperstrafen) aus.
	<b>Regionale Schwerpunkte</b>	Der DMG sind bundesweit verschiedene Moscheegemeinden und sogenannte Islamische Zentren zuzuordnen, die formal von ihr unabhängig sind, aber Kontakte zu ihr unterhalten. In Hessen befinden sich solche Zentren in Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und Frankfurt am Main.
	<b>Führung</b>	Muhammad Badi (Ägypten).
	<b>Personenpotenzial</b>	In Hessen in den letzten Jahren unverändert 300, bundesweit 1.450.
	<b>Zuzurechnende Organisationen</b>	Harakat al-Muqawama al-Islamiya (HAMAS, Islamische Widerstandsbewegung) im Gazastreifen (palästinensisches Autonomiegebiet), al-Nahda (Tunesien), al-Ikhwan al-Muslimun fi Suriya (Die Muslimbrüder in Syrien).
	<b>Verfassungsfeindlichkeit</b>	In dem von der MB angestrebten System bilden Islam und Politik eine unauflösbare Einheit, in der weder die Volksouveränität noch die Freiheit und Gleichheit der Menschen einen demokratisch legitimierten und geschützten Raum finden. Die umfassende Durchsetzung der Scharia ist oberstes Leit- und Ordnungsprinzip und Grundlage des politischen und sozialen Lebens. Ein schariakonformer Staat begrenzt die Frauenrechte und die Rechte religiöser Minderheiten und schränkt die Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf freie Religionsausübung ein. Die MB wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.

### Themen



- Deutsch- und arabischsprachiges Bildungsprogramm
- Veranstaltungen im Ausland
- Tod Youssef Nadas

## Deutsch- und arabischsprachiges Bildungsprogramm

Das Europäische Institut für Humanwissenschaften e. V. (EIHW) bot zwei Modulreihen, die jeweils Ende April starteten, als islamisches Bildungsprogramm in deutscher Sprache an. Die Kurse sollten online am Wochenende mit einem Arbeitspensum von 20 Stunden pro Fach stattfinden. Am 19. November begann am EIHW das auf sechs Semester ausgelegte Studium islamischer Wissenschaften als Onlinestudiengang. Das EIHW warb für das arabischsprachige Studium öffentlich auf seiner Facebook-Seite und wies auf die „elitären Professoren und Spezialisten“ als Lehrende hin.

## Veranstaltungen im Ausland

Vom 21. Juli bis 4. August veranstaltete das CEM das „Erste europäische Camp für den Heiligen Koran“ in Istanbul (Türkei). Zu den Referenten zählten auch Ver-

treter des EIHW. Organisiert vom EUIMAMS, fand in Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) vom 20. bis 30. August der „Erste Europäische Kongress über die Sunna und die Prophetenbiographie“ statt. Die Veranstaltung richtete sich an Personen im Alter von 18 bis 35 Jahren und wurde von dem CEM und RIGD unterstützt. An dem Kongress nahmen neben EIHW-Vertretern Personen aus anderen Ländern, die MB-nahen oder von ihr finanzierten Organisationen angehörten, als Referenten teil. Insgesamt waren 140 Personen aus 14 Ländern anwesend. Für die Veranstaltung war zuvor online über die sozialen Medien und Plattformen wie X und YouTube geworben worden.



### Infobox



Die **Ideologie der MB** zielt auf die Errichtung einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung, deren Grundlage Koran und Sunna sowie die Scharia bilden. Statt Begriffen wie „islamischer Staat“ oder „Anwendung der Scharia“ verwendet die MB teils neue, aber inhaltsgleiche Begriffe wie „Zivilstaat“ und „islamischer Referenzrahmen“. Dabei ist die umfassende Durchsetzung der Scharia oberstes Leit- und Ordnungsprinzip und ein wesentlicher Bestandteil der MB-Ideologie, da sie die Rechts- und Gesellschaftsordnung bestimmt und somit die wichtigste Grundlage des politischen und sozialen Lebens ist.

Yusuf al-Qaradawi, ein 2022 verstorbener und nach wie vor für die MB wichtiger Ideologe, sah den Islam als eine untrennbare Einheit von Gesetz, Macht, Staat und Jihad an. Ein Glauben ohne Scharia oder eine Trennung zwischen religiöser und politischer Macht war für ihn nicht möglich. Sein wasatiyya-Konzept (Mittelweg) gilt für die MB global als „Referenzrahmen“, wobei das Konzept als gemäßigter und konservativer Islam, als „Islam der Mitte“ deklariert wird, tatsächlich aber eine islamistische Ideologie umfasst.

## Tod Youssef Nadas

Am 22. Dezember verstarb in Lugano (Schweiz) im Alter von 93 Jahren Youssef Nada, ein prominenter Anführer der MB. Er hatte sich früh der MB zugewandt und wurde zum „Außenbeauftragten“ bzw. „De-facto-Außenminister“ der MB. Drei Tage später hielt die MB in Istanbul (Türkei) eine Kondolenzver-

anstaltung mit internationaler Beteiligung ab. Auch Anhänger aus Hessen kondolierten und bezeichneten Nada als „weisen Mann mit großer Wirkung“.

### Infobox



In Europa, das heißt auch in Deutschland, bestand ein weit verästeltes **Netzwerk der MB**, mit dessen Hilfe deren Sympathisanten und Angehörige versuchten, Ideologie und Ziele der Organisation zu verbreiten. Dabei trat die MB in Deutschland nicht offen in Erscheinung.

Das **EIHW** wurde 2012 mit Sitz in Frankfurt am Main nach dem Vorbild der Europäischen Institute für Humanwissenschaften in Großbritannien (European Institute of Human Sciences, EIHS) und in Frankreich (Institut Européen des Sciences Humaines, IESH) als Verein gegründet. Im darauffolgenden Jahr nahm das EIHW seinen Lehrbetrieb auf. Als Schulungsstätte dient das EIHW der Verbreitung der MB-Ideologie und ist eine Kaderschmiede für MB- und DMG-Funktionäre.

Der in Dublin (Irland) ansässige **European Council for Fatwa and Research (ECFR, Europäischer Rat für Fatwa und Forschung)**, der bis 2018 unter dem Vorsitz des inzwischen verstorbenen MB-Ideologen Yusuf al-Qaradawi stand, gehörte dem europäischen Netzwerk der MB an und erließ regelmäßig Rechtsgutachten (arab. fatwa) für die in Europa lebenden Muslime. Maßgebliche Aufgabe des ECFR ist es, sich als religiöse Instanz in Europa zu etablieren. Hierfür veröffentlichte er 2019 die „Euro-Fatwa“-App, mit der die Nutzer die seit 1997 getroffenen ECFR-Fatwas und -Entscheidungen in den Sprachen Arabisch, Englisch, Italienisch und Spanisch thematisch sortiert abrufen konnten.

Der **European Council of Imams (EUIMAMS, Europäischer Rat der Imame)** trat 2019 in Paris (Frankreich) erstmals auf und bestand laut eigener Aussage aus rund 50 Mitgliedern aus etwa 20 europäischen Ländern. Unter den Mitgliedern

des Rates befanden sich Personen aus Hessen, die Verbindungen zum MB-/DMG-Netzwerk unterhielten. Ziel der Organisation war es unter anderem, die Aktivitäten verschiedener islamischer Organisationen zu koordinieren, als Interessenvertretung zu fungieren, die islamische Präsenz im demokratischen politischen und gesellschaftlichen Bereich zu fördern sowie die islamische Identität zu festigen.

Ähnlich wie der ECFR auf europäischer Ebene erhob der **Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland (RIGD)** für Deutschland den Anspruch, als wissenschaftliche Autorität in Fragen der Koranauslegung für hier lebende Muslime zu fungieren. Der RIGD – seit 2004 mit Sitz in Frankfurt am Main – steht sowohl organisatorisch als auch ideologisch der DMG nahe.

Die Mitglieder des 2016 gegründeten **Fatwa-Ausschusses in Deutschland** waren teilweise Mitglieder des ECFR. Der Fatwa-Ausschuss in Deutschland mit Sitz in Frankfurt am Main übernahm die Fatwas des ECFR, übersetzte sie ins Deutsche und veröffentlichte sie auf der eigenen Internetseite sowie in sozialen Medien. Die Fatwas basierten zum Teil auf islamrechtlichen und islamisch-rituellen Vorgaben der Scharia, die nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbaren sind.

In Europa wurde die streng hierarchisch organisierte MB durch den **Council of European Muslims (CEM)**, einen europäischen Dachverband MB-naher Organisationen mit Sitz in Brüssel (Belgien), vertreten. Eigene Angaben zufolge vereinigte der CEM Organisationen aus 28 Staaten, darunter viele nationale Dachverbände.

**MILLÎ-GÖRÜŞ-BEWEGUNG**

	<b>Kurzprofil</b>	Unter der Bezeichnung Millî-Görüş-Bewegung werden bestimmte islamistische Bestrebungen türkischen Ursprungs zusammengefasst. Ihr verbindendes Element liegt in der Orientierung an der Ideologie der türkischen Bewegung Millî Görüş ( <i>nationale Sicht</i> ), die im Wesentlichen auf den Politiker Necmettin Erbakan zurückgeht. Er stellte sich gegen die vom Gründer der modernen Republik Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, eingeführte Trennung von Staat und Religion und wollte diese zugunsten einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung auf dem Fundament von Koran, Sunna und Scharia überwinden. Erbakans Vision war es, eine „Großtürkei“ nach dem Vorbild des Osmanischen Reiches zu errichten. Zur Millî-Görüş-Bewegung gehören <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Saadet Partisi (SP, Partei der Glückseligkeit), in Deutschland vertreten durch den Saadet Europa e.V. und in Hessen repräsentiert durch den Saadet Deutschland Regionalverein Hessen e.V. (im Folgenden als SP Europa oder SP Hessen bezeichnet),</li> <li>• die Millî Gazete (Nationale Zeitung) und</li> <li>• Strukturen der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş e.V. (IGMG).</li> </ul>
	<b>Entstehung</b>	1969 von Necmettin Erbakan in der Türkei ins Leben gerufen.
	<b>Regionale Schwerpunkte</b>	Bundesweit gab es regionale Ableger der SP Europa, die deren Anhänger- und Wählerpotenzial in Deutschland zu aktivieren versuchten und so die Mutterpartei in der Türkei unterstützten.
	<b>Personenpotenzial</b>	In Hessen in den letzten Jahren unverändert 1.450, bundesweit 10.000.
	<b>Verfassungsfeindlichkeit</b>	Die Millî-Görüş-Bewegung verbindet in ihrer Gesamtheit einen universalen türkisch-nationalistischen mit einem islamistischen Ansatz. Sie zielt darauf, eine aus ihrer Sicht schlechte, tyrannische, auf menschlicher Willkür gründende und damit vergängliche Ordnung durch die gute, von Allah vorgegebene und angeblich auf Wahrheit fußende Ordnung zu überwinden und eine auf den Rechtsvorschriften der Scharia beruhende islamische Ordnung zu realisieren. Antisemitische Aussagen sind ein fester Bestandteil der Bewegung. Mittels verschiedener Feindbilder fördert die Millî-Görüş-Bewegung eine Ablehnung des Gedankens der Völkerverständigung und den einer pluralistischen Gesellschaft. Die Millî-Görüş-Bewegung wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 4 HVSG beobachtet.

**Themen**

- Gedenken an Necmettin Erbakan und Recai Kutan
- Enge Bindung an die SP in der Türkei
- Aktivitäten der SP Hessen
- Antisemitismus in der Millî Gazete

**Gedenken an Necmettin Erbakan und Recai Kutan**

Anlässlich des 13. Todestages Necmettin Erbakans am 27. Februar fanden – wie in der Vergangenheit – im Umfeld der SP verschiedene Gedenkveranstaltungen im Rahmen der sogenannten Erbakan-Woche statt. In ihrer Ausgabe vom 27. Februar gedachte die Millî Gazete dem „Mücahid Erbakan“ (Glaubenskämpfer) und dessen „Kampf für die palästinensische Sache und gegen den Zionismus“. Ebenso huldigten Redner der SP Hessen, der SP Europa und der SP Türkei Erbakan am 3. März in Maintal (Main-Kinzig-Kreis). Ehrengast und Referent war Yakup Budak, Mitglied des Verwaltungsrats der SP Türkei.

Der IGMG Landesverband Hessen lud für den 25. Februar im Rahmen seiner traditionellen zentralen Veranstaltungsreihe „Önden Gidenler“ nach Kelsterbach (Kreis Groß-Gerau) ein, um seinen „Vorreitern“ zu gedenken. Aus der Berichterstattung ging hervor, dass diese Gedenkveranstaltung maßgeblich Necmettin Erbakan gewidmet war. Zu Beginn wurde den Besuchern ein Videoclip präsentiert, der Ausschnitte aus dem Leben des Politikers Erbakan zeigte. Aus der Rede des Vorsitzenden des IGMG-Landesverbands Hessen wurde dieser wie folgt zitiert:

*„Wenn wir das Ziel erreichen wollen, müssen wir in die Fußstapfen derer treten, die vor uns gegangen sind. Andere werden sich bemühen, diese Spuren zu zerstören, sie vergessen zu machen. Sie sollten wissen, dass wir unsere Werte daraus schöpfen.“*

Auch die anschließende Rede des Gastreferenten, ein Vertreter aus dem Zentralverband der IGMG, handelte im Wesentlichen vom Leben und Wirken Erbakans.

#### Infobox



Die IGMG ist laut ihrer Selbstdarstellung eine staatenübergreifend vernetzte Religionsgemeinschaft, die sich in Regionalverbände, Moscheegemeinden und weitere Zweigstellen aufgliedert. In Hessen gehörte der IGMG-Landesverband mit seinen nachgeordneten Strukturen der Millî-Görüş-Bewegung an.

Am 7. Oktober verstarb in Ankara (Türkei) Recai Kutan, ein politischer Weggefährte Erbakans, zudem ehemaliger Minister, Funktionär in verschiedenen türkischen Parteien und langjähriger Vorsitzender der türkischen SP. Kutan hatte für deren Anhänger eine herausragende Bedeutung und erfuhr bereits zu Lebzeiten eine ähnliche Verehrung wie Erbakan. In den letzten Jahren war die Begegnung mit ihm eine Art Höhepunkt während der Bildungsreisen der Jugendabteilung der SP Europa, an denen regelmäßig auch

Vertreter aus Hessen teilnahmen. Kutan wurde mit Beileidsbekundungen in den sozialen Medien auch von Vertretern aus Hessen bedacht.

#### Enge Bindung an die SP in der Türkei

Darüber hinaus besuchten im Berichtsjahr hochrangige türkische Partefunktionäre die Zentrale der SP Europa in Duisburg (Nordrhein-Westfalen), um im Rahmen der Ratssitzungen über die politische Arbeit der SP in der Türkei zu informieren und die Aktivitäten der hiesigen Strukturen zu koordinieren. Im September kam etwa der Abgeordnete und stellvertretende SP-Vorsitzende Mahmut Arikān und warb für seine Kandidatur um den Parteivorsitz in der Türkei. In der Millî Gazete vom 16. September hieß es, dass es „aufgrund des Gaza-Krieges umso wichtiger sei, dass die SP an die Macht komme und für Gerechtigkeit sorge“. Arikān wurde wie folgt zitiert: „Unser Hodschha Erbakan ist nicht mehr am Leben, jedoch gibt es Kader, die sein Erbe übernehmen können“. Im November übernahm Arikān das Amt des Parteivorsitzenden von Temel Karamollaoğlu.

Der Vorstand der SP Europa traf gewöhnlich monatlich in der Zentrale zu Ratssitzungen zusammen, bei denen aktuelle Themen der SP Türkei diskutiert, künftige Aktivitäten abgestimmt und Aufgaben übertragen wurden. Vorstandsmitglieder bzw. Abgesandte der SP Hessen wohnten den Sitzungen stets bei. Im Anschluss fanden regelmäßig die Ratssitzungen der SP Hessen in ihrer Zentrale in Hanau (Main-Kinzig-Kreis) statt, bei denen wichtige Inhalte an die nachgeordneten Bereiche adressiert wurden.

Mehrere SP-Funktionäre aus Hessen gehörten der Vorstandsebene der SP Europa an. So war ein früherer Vorsitzender der SP Hessen für das Organisationswesen der SP Europa verantwortlich. Ein früherer Leiter der Jugendabteilung der SP Hessen war zeitweise als Leiter der Jugendabteilung der SP Europa aktiv, bevor er seit dem 9. November den Vorsitz der SP Hessen innehatte. Für den 30. November lud er in neuer Funktion zu der Veranstaltung „Eine neue Ära beginnt“ nach Hanau ein, bei der ein Gastreferent aus dem Vorstand der SP Türkei auftrat. Auch der Bildungsverantwortliche der SP Europa stammt aus

### Infobox

Die Millî-Görüs-Bewegung will eine **auf der Scharia beruhende islamische Ordnung** realisieren. Da in der früher streng laizistisch orientierten Türkei das Propagieren eines entsprechenden Konzepts gravierende rechtliche Konsequenzen nach sich gezogen hätte, führte Erbakan neue Begrifflichkeiten ein: So gibt es in der Welt eine „gerechte“ (türk. adil düzen) und eine „nichtige“ (türk. batıl düzen) Ordnung. Ziel müsse es sein, die schlechte, tyrannische, auf menschlicher Willkür gründende und damit vergängliche Ordnung durch die gute, von Allah vorgegebene und angeblich auf Wahrheit fußende Ordnung zu überwinden. Dies sei allein durch die Millî-Görüs-Bewegung zu erreichen. Die Verwirklichung dieser Gedanken propagierte die Millî-Görüs-Bewegung insbesondere in der Türkei, wo eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung nach den Grundlagen von Koran und Sunna geschaffen werden soll.



Antisemitische Aussagen sind von Beginn an fester Bestandteil der Millî-Görüs-Bewegung. In einem Interview erklärte Erbakan 2010:

*„Seit 5700 Jahren regieren Juden die Welt. Es ist eine Herrschaft des Unrechts, der Grausamkeit und der Gewalt. Sie haben einen starken Glauben, eine Religion, die ihnen sagt, dass sie die Welt beherrschen sollen. Sehen Sie sich diese Ein-Dollar-Note an. Darauf ist ein Symbol, eine Pyramide von 13 Stufen, mit einem Auge in der Spitze. Es ist das Symbol der zionistischen Weltherrschaft. Die Stufen stellen vier ‚offene‘ und andere geheime Gesellschaften dar, dahinter gibt es ein ‚Parlament der 300‘ und 33 Rabbinerparlamente, und dahinter noch andere, unsichtbare Lenker. Sie regieren die Welt über die kapitalistische Weltordnung. [...] Wenn die Israelis in Frieden leben wollen, wäre es vielleicht besser, wenn sie zum Beispiel in Amerika leben.“*

Hessen, wo er früher als Vorsitzender eines Ortsver eins im Umfeld der IGMG fungiert hatte. Er war ferner Mitorganisator der ersten „Kitap ve Kültür Fuarı“ (Buch- und Kulturmesse), die vom 19. bis 28. April in Bischofsheim (Kreis Groß-Gerau) stattfand und an der – neben Vertretern anderer türkischstämmiger Organisationen – Abgesandte aus dem gesamten Spektrum der Millî-Görüs-Bewegung als Gäste oder Referenten teilnahmen.

### Aktivitäten der SP Hessen

Im Rahmen eines „Bildungsseminars“ der SP Europa referierten am 27. April in Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) vier ihrer Funktionäre. An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter der SP Hessen teil. Ein Mitglied des Vorstands der SP Türkei erläuterte unter anderem den Begriff *batıl*. Er erklärte, dass ausnahmslos alles außerhalb des Islams nichtig bzw. falsch und der Zionismus dabei das Zentrum des Nichtigen sei. Es gäbe nur zwei Arten von Menschen: Einerseits Muslime und andererseits jene, die Sklaven ihrer Seele seien.

Besonders im Jugendbereich bot die SP Hessen nahezu wöchentlich unterschiedliche Aktivitäten an. Neben den obligatorischen Gesprächskreisen – meist im häuslichen Umfeld – wurden Fußballturniere, Bowling oder Spieleabende organisiert. Die Veranstaltungen wurden genutzt, um Jugendliche mit der Millî-Görüs-Bewegung vertraut zu machen. Zu diesem Zweck organisierte auch die Jugendabteilung der SP Europa Ende Dezember ein Bildungs-



camp in der Türkei, an dem Vertreter der Jugendabteilung der SP Hessen teilnahmen. In Ankara kamen die Jugendlichen zu Vorträgen und Seminaren mit der Führung der SP Türkei zusammen. In Sakarya suchte die Gruppe einen Prediger auf, der 2015 aus Deutschland ausgewiesen worden war. Abgerundet wurde das Programm mit Besuchen und Gebeten am Grab Necmettin Erbakans und an den Gräbern weiterer wichtiger Vertreter der Millî-Görüş-Bewegung.

### **Antisemitismus in der Millî Gazete**

Die enge Verbindung zwischen der Millî-Görüş-Bewegung in der Türkei und der Millî Gazete kam in deren Berichterstattung zum Ausdruck. Auf diese Weise konsumierten die Leser auch die in den Artikeln regelmäßig enthaltene antisemitische Propaganda. Am 18. März erschien ein Artikel über das von der SP Türkei in Istanbul (Türkei) organisierte „Internationale Symposium über Necmettin Erbakan und die Palästina-Frage“. Der damalige SP-Vorsitzende Temel Karamollaoğlu warf Israel in seiner Rede „niederträchtige Massaker“ vor:

*„Unsere Hauptpflicht ist es, gegen das Unrecht standhaft zu bleiben und uns für eine gerechte Ordnung einzusetzen. [...] Nur wenn man Erbakan Hodschha versteht, kann man die Palästina-Frage geistig erfassen. [...] Der Westen sieht die Grausamkeit nicht. Seine Gleichgültigkeit ermuntert Israel sogar.“*

Ein Vorstandsmitglied der SP Türkei sagte:

*„Unser Hodschha Erbakan hat einen großen Kampf für die Errichtung einer neuen Welt geführt. Er hat die islamische Umma vom Komplex der Unterlegenheit befreit [...]. Heute befinden sich Palästina und Jerusalem, die seit 75 Jahren unter Besatzungsherrschaft sind, inmitten eines großen Genozids des Grauens.“*

Der später verstorbene Recai Kutan erklärte:

*„Gegen all die Gräueltaten, die in Gaza geschehen, erteilt eine Handvoll Mudschaheddin der Welt eine Lektion in Humanismus. [...] Israel begeht Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es ist eine Pflicht der islamischen Welt, mit all ihren Möglichkeiten Palästina beizustehen.“*



Bereits 2006 hatte Kutan geäußert, dass die SP weder die HAMAS noch die Hizb Allah (Partei Gottes) als Terrororganisationen betrachte. Deren Kämpfer sähe sie als Helden an, die ihr Heimatland verteidigten.

In einem Beitrag vom 25. März zum traditionellen Fastenbrechen der SP Europa wurde die Ansprache des Vorsitzenden Samet Sami Temel wie folgt zitiert:

*„Muslimische Territorien, von Myanmar bis Kaschmir, von Ostturkestan bis Gaza, sind leidvoller Besatzung ausgesetzt. Seit etwa 200 Tagen wird ein Volk vor den Augen der ganzen Welt auf bestialischer Weise vernichtet.“*

Per Videobotschaft aus der Türkei zugeschaltet, erklärte Karamollaoğlu:

*„Es sind nur die Millî-Görüş-Anhänger, die die stärkste Reaktion zu den Grausamkeiten in Palästina zeigen und die Wahrheit darüber hinausschreien sowie die Palästina-Frage zu ihrer Sache machen.“*

Auf der Titelseite der Millî Gazete vom 17. Mai wurde unter Bezugnahme auf eine mögliche Rückkehr israelischer Diplomaten in die Türkei kritisiert, dass es nicht sein könne, dass „zionistische Besatzer“ in die Türkei zurückkehren dürften, während sie in Gaza „Massaker“ verübt hatten. Die türkische Öffentlichkeit wolle eine Rückkehr der Vertreter des „israelischen Regimes“ nicht.

## SONSTIGE BEOBSACHTUNGSOBJEKTE UND EREIGNISSE

Neben den oben genannten Personenzusammenschlüssen gab es weitere islamistische Gruppierungen und einschlägige Veranstaltungen mit Hessenbezug, von denen die wichtigsten nachstehend aufgeführt sind.

### HIZB ALLAH (PARTEI GOTTES)

	<b>Kurzprofil</b>	Die Hizb Allah fungierte zunächst als Miliz und operierte überwiegend im Verborgenen, wobei sie behauptete, den Libanon gegen Israel zu „verteidigen“. Gleichzeitig formulierte die Terrororganisation politische Forderungen, sodass sich ihre politische Vertretung als feste Größe in der libanesischen Parteienlandschaft etablierte. Dessen ungeachtet rückte die Hizb Allah nicht von ihrem Ziel ab, eine islamische Herrschaftsordnung im Libanon nach dem Vorbild der iranischen Theokratie zu errichten. Die iranische Staatsführung ist ein wichtiger Faktor, der Einfluss auf die Terrororganisation nimmt. Die Hizb Allah steht dem Iran aber nicht nur ideologisch nahe und ist finanziell und militärisch von ihm abhängig, sondern agiert durchaus unabhängig und ist ein wichtiges Bindeglied zu anderen iranischen Proxys.
	<b>Entstehung</b>	Anfang der 1980er Jahre im Libanon.
	<b>Gewalt</b>	Die Hizb Allah bestreitet das Existenzrecht Israels und propagiert den bewaffneten, mit terroristischen Mitteln geführten Kampf gegen Israel als „legitimen Widerstand“ gegen die „unrechtmäßigen Besatzer palästinensischen Bodens“.
	<b>Regionale Schwerpunkte</b>	Hessen bildete in den vergangenen Jahren keinen Schwerpunkt von Aktivitäten der Hizb Allah.
	<b>Personenpotenzial</b>	In Hessen in den letzten Jahren unverändert 50, bundesweit 1.250.
	<b>Verfassungsfeindlichkeit</b>	Mit Wirkung zum 30. April 2020 erließ das Bundesministerium des Innern ein Betätigungsverbot für die Hizb Allah, da sich deren Tätigkeit gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet und Strafgesetzen zuwiderläuft. Die Hizb Allah wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 HVSG beobachtet.

Die Anhänger der Hizb Allah waren nicht einheitlich organisiert, sondern trafen sich in einzelnen örtlichen Moscheevereinen. Häufig verhielten sie sich konspirativ und schotteten sich ab, um Hinweise auf ihre Zugehörigkeit zur Hizb Allah oder entsprechende Sympathie zu vermeiden. Aktivitäten der Anhänger erstreckten sich unter anderem auf Spendensammlungen für die Terrororganisation. Auf Internetseiten bekundeten vor allem jüngere Anhänger zum Teil offen ihre Sympathien für die Hizb Allah und vernetzten sich untereinander über die sozialen Medien.

Bei einem Luftangriff Israels in Beirut (Libanon) wurde am 27. September Hassan Nasrallah, Generalsekretär, Oberbefehlshaber und zentrale Identifikationsfigur der Hizb Allah getötet. Zu seinem Nachfolger ernannte

die Hizb Allah Naim Kassem, ein Gründungsmitglied der Terrororganisation und bis dahin ihr stellvertretender Generalsekretär.



## ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT DER SCHIITISCHEN GEMEINDEN DEUTSCHLANDS E.V. (IGS)

	<b>Kurzprofil</b>	Die IGS versteht sich als Interessensvertretung der schiitischen Vereine in Deutschland und strebt eine Gleichstellung und Gleichbehandlung mit anderen Religionsgemeinschaften an, die den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzen. Offizielles Ziel der IGS ist die Einigung aller schiitischen Vereine in einer Organisation, um die Interessen der Mitgliedsvereine nach innen und außen vertreten und fördern zu können.
	<b>Gründung</b>	2009 in den Räumlichkeiten des Islamischen Zentrums Hamburg e. V. (IZH). Die IGS betrachtet das IZH als „geistige Heimat“ aller Schiiten in Deutschland.
	<b>Regionale Schwerpunkte</b>	In Frankfurt am Main war das Zentrum der Islamischen Kultur (ZIK) der einflussreichste Mitgliedsverein der IGS in Hessen. Bundesweit gab es eigenen Angaben zufolge 150 Mitgliedsvereine.
	<b>Verfassungsfeindlichkeit</b>	Das von der IGS verbreitete theokratische Herrschaftskonzept des Irans ist mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar und würde bei einer Umsetzung unter anderem die Beseitigung der Meinungsfreiheit und von freien Wahlen, insgesamt die Abschaffung der Trennung von Staat und Religion, bedeuten. Die IGS wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 4 HVSG beobachtet.

### Infobox



Die wörtliche Übersetzung des englischen Begriffs **Proxy** lautet *Stellvertreter*. Bei iranischen Proxys handelt es sich um Gruppierungen bzw. nichtstaatliche Gewaltakteure oder Terrororganisationen. So sind die libanesische Hizb Allah, die palästinensische HAMAS, die jemenitischen Huthis sowie vom Iran unterstützte Milizen im Irak und in Syrien Verbündete des Irans und Teil der sogenannten Achse des Widerstands, eines informellen antiisraelisch und „antiwestlich“ ausgerichteten Bündnisses. Seit Jahrzehnten werden Proxys strategisch als Stellvertreter der iranischen Außenpolitik eingesetzt. Ziel ist es, unter anderem im Nahen Osten Einfluss auszuüben und gegen „Feinde“ (wie etwa Israel) vorzugehen. Dabei bleibt der Iran in der Regel im Hintergrund und greift nicht direkt in Konflikte ein.



halb der IGS verbreitet. Das IZH war Mitgliedsverein in der IGS. Das Verbot umfasst auch die Teilorganisationen des IZH wie etwa das ZIK in Frankfurt am Main. Insgesamt wurden 53 Objekte in Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen durchsucht, davon drei in Frankfurt am Main und Bad Honnef v. d. Höhe (Hochtaunuskreis). Es wurden umfangreiche Asservate sichergestellt. Die IGS kritisierte das Vorgehen des Staates, verneinte, dass das IZH extremistisch sei und berief sich auf die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit.

### Verbot und Reaktionen

Am 24. Juli verbot das Bundesministerium des Innern das IZH als „Drehscheibe der Operationen des iranischen Regimes in Deutschland“. Über das IZH wurde die Programmatik der „iranischen Revolution“ inner-

Zwischen dem ZIK und dem IZH bestanden zahlreiche Verbindungen: So erwarb das IZH das Grundstück, auf dem sich das vom ZIK genutzte Gebäude befindet. Auf der Führungsebene gab es personelle Verbindungen zwischen dem IZH und der IGS; im ZIK fanden regelmäßig Veranstaltungen mit positivem Bezug zum iranischen Regime statt. Verschiedene ZIK-Akteure aus Hessen hatten dauerhaft führende Positionen in der IGS inne. Im Zusammenhang mit dem IZH-Verbot fanden im Berichtsjahr regelmäßige Protestkundgebungen vor dem Gelände des ZIK in Frankfurt am Main statt.

#### Infobox



Das IZH stand bis zu seinem Verbot **unter der direkten Kontrolle des Büros des iranischen Revolutionsführers** – somit des iranischen

Regimes – und wurde von dort gesteuert.

Zentrale Elemente dieses Herrschaftssystems sind die religiöse und politische Machtausübung durch eine einzelne Person, das heißt den Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei, und die weltweite Verbreitung der iranischen Revolutionsidee. Im Rahmen erster öffentlicher Verbotsforderungen 2020 kreierte die IGS den Hashtag „Wir sind alle IZH“. Die Einflussmöglichkeiten des IZH auf die IGS waren auch in deren Satzung verankert. Der IZH-Leiter war als Vorsitzender des Gelehrtenrats der IGS institutionell in diese eingebunden und besaß mittels dieses Kontrollgremiums weitreichende Befugnisse.

#### JÄHRLICHE AL-QUDS-DEMONSTRATION IN FRANKFURT AM MAIN

In Frankfurt am Main fand anlässlich des al-Quds-Tags am 6. April die bundesweit einzige Demonstration mit über 750 Teilnehmern statt. Für die bisher größte Veranstaltung dieser Art in der Mainmetropole war international geworben worden. Das LfV informierte auf seiner Internetseite über die Demonstration, was zahlreiche Medien in ihren Beiträgen aufgriffen.

#### Infobox



Der al-Quds-Tag wurde 1979 vom iranischen Revolutionsführer Ruhollah Musawi Khomeini als ein „**Tag [zur Befreiung] der Heiligen [Stadt Jerusalem] von zionistischer Besatzung**“ ins Leben gerufen. Al-Quds bedeutet die Heilige und ist die arabische Bezeichnung für die Stadt Jerusalem. Ziel des antisemitisch ausgerichteten al-Quds-Tags, der jährlich am letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan begangen wird, ist die weltweite Mobilisierung für die Eroberung Jerusalems und die vollständige islamische Herrschaft über die Stadt.

Bis 1995 fanden die al-Quds-Demonstrationen in Bonn (Nordrhein-Westfalen) und seitdem in Berlin statt. Hatte das IZH die Veranstaltungen bis 2004 unterstützt, so wurden diese seit 2003 von einem dem IZH nahestehenden Verein in Berlin organisiert. Dabei wurden immer wieder Flaggen und Symbole der Hizb Allah gezeigt, was seit 2016 verboten ist. Seit 2015 kam es auch in Frankfurt am Main zu al-Quds-Demonstrationen.

Anders als in den Vorjahren, in denen in geschlechtergetrennten Blöcken gelaufen wurde, war im Berichtsjahr eine solche durchgängige Trennung nicht erkennbar. Dies resultierte offensichtlich aus der heterogenen Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die vor allem wegen einer pro-palästinensischen Haltung gekommen waren. So lautete das Demonstrationsmotto „Stoppt den Krieg“, vorab war auf einschlägigen Internetprofilen unter dem Titel „Stoppt die Auslöschung Palästinas! Groß-Demo für Gaza“ geworben worden.

Durch das scheinbar unverfängliche Motto „Stoppt den Krieg“ sollte offenbar ein direkter Bezug zum antisemitisch konnotierten al-Quds-Tag verschleiert werden. Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen zahlreiche Flaggen Irans, Jemens, des Libanon und Pakistans mitgeführt wurden, prägten im Berichtsjahr nahezu ausschließlich Palästina-Flaggen den

Demonstrationszug, der von einem großen Polizeiaufgebot begleitet wurde. Die Nähe zum al-Quds-Tag und iranischen Regime wurde trotzdem durch die an der Demonstrationsspitze mitgeführten Bilder der iranischen Revolutionsführer Khomeini und Khamenei sichtbar. Die Teilnehmer skandierten unter anderem Parolen wie „Ist die Welt taub und stumm? Israel

bringt Menschen um!“, „Unsere Stimme bleibt nicht stumm, denn sie bringen Kinder um!“ und „Stoppt den Mord, stoppt den Krieg, stoppt den Gaza-Genozid!“ Plakate enthielten Aufschriften wie „Freiheit für Palästina. Gegen Zionismus & Antisemitismus“ und „Muslime, Juden und Christen Hand in Hand gegen Zionisten!“



# AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS

- Kurdischer Extremismus
- Türkischer Linksextremismus

## INFOBOX

Der auslandsbezogene Extremismus umfasst sicherheitsgefährdende extremistische und terroristische Bestrebungen in Deutschland, die im Zusammenhang mit politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen im Ausland stehen. Diese Bestrebungen werden überwiegend von Menschen mit Bezug zu den politischen Verhältnissen in einem anderen Staat getragen und sind nicht religiös motiviert.

Auslandsbezogene extremistische Bestrebungen richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung bzw. das friedliche Zusammenleben der Völker. Diese Bestrebungen gefährden die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, indem ihre Urheber Gewalt anwenden oder darauf ausgerichtete Handlungen vorbereiten. Obwohl diese Bestrebungen nicht in erster Linie auf die Beseitigung oder Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen, können sie die Sicherheit des Bundes oder der Länder gefährden.

Die Art der politischen Agitation zur Umsetzung dieser extremistischen Aktivitäten ist vielfältig. Sie reicht von Demonstrationen und (gewalttätigen) Kundgebungen über „Spendensammelaktionen“ und logistische Unterstützung von Konfliktparteien im Herkunftsland bis hin zur Unterstützung ausländischer terroristischer Gruppierungen. Die unterschiedlichen Zielrichtungen von auslandsbezogenen Organisationen – die Übergänge sind dabei oft fließend – lassen sich im Wesentlichen unterteilen in

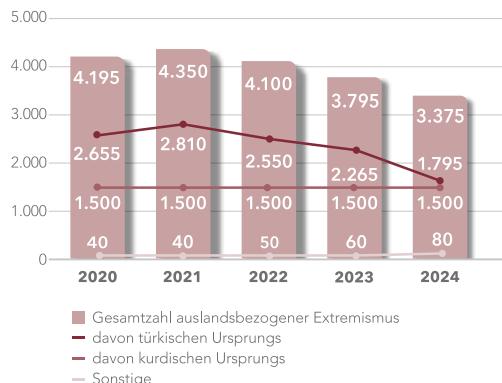
- nationalistische, rechtsextremistische Bestrebungen,
- linksextremistische Bestrebungen sowie
- ethnisch motivierte Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbestrebungen.

### Personenpotenzial des auslandsbezogenen Extremismus hessen- und bundesweit (2020 bis 2024)<sup>1</sup>

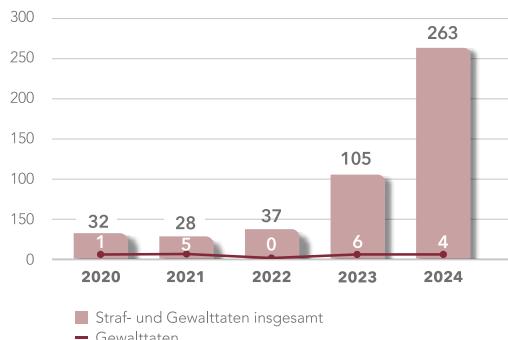
	2020	2021	2022	2023	2024
<b>Kurdischer Ursprung</b>					
Hessen	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
Bund	14.500	14.500	14.500	15.000	15.000
<b>Türkischer Ursprung</b>					
Hessen	2.655	2.810	2.550	2.265	1.795
Bund	13.550	13.550	14.650	15.000	15.400
<b>Sonstige</b>					
Hessen	40	40	50	30	80
Bund	600	600	600	650	2.100
<b>Gesamtzahl der Extremisten mit Auslandsbezug</b>					
Hessen	4.195	4.350	4.100	3.795	3.375
Bund	28.650	28.650	29.750	30.650	32.500

<sup>1</sup> Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet.

**Personenpotenzial des auslandsbezogenen Extremismus in Hessen (2020 bis 2024)**



**Straf- und Gewalttaten des auslandsbezogenen Extremismus in Hessen (2020 bis 2024)**



**Straf- und Gewalttaten des auslandsbezogenen Extremismus in Hessen (2020 bis 2024)**

	2020	2021	2022	2023	2024
<b>Deliktart</b>					
Tötung	0	0	0	0	0
Versuchte Tötung	0	0	0	0	0
Körperverletzung	1	3	0	4	4
Brandstiftung/Sprengstoffdelikte	0	1	0	1	0
Landfriedensbruch	0	0	0	1	0
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	0	0	0	0	0
Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte	0	1	0	0	0
<b>Gewalttaten insgesamt</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>6</b>	<b>4</b>
<b>Sonstige Straftaten</b>					
Sachbeschädigung	6	6	2	3	21
Nötigung/Bedrohung	0	1	1	0	3
Andere Straftaten	25	16	34	96	235
<b>Straf- und Gewalttaten insgesamt</b>	<b>32</b>	<b>28</b>	<b>37</b>	<b>105</b>	<b>263</b>

**WICHTIGE ENTWICKLUNGEN**

- Das **Personenpotential im Phänomenbereich auslandsbezogener Extremismus** geht in Hessen seit vielen Jahren zurück. Die Abnahme im Berichtsjahr ist auf die fortgesetzte Zahlenkorrektur durch das LfV im Bereich des türkischen Rechtsextremismus zurückzuführen: Entsprechende Vereine waren unvermindert inaktiv oder

wurden geschlossen; auch die Anzahl der virtuell aktiven, nichtorganisierten Anhänger der Ülkücü-Bewegung wurde vom LfV reduziert. Dies fußt auf einer differenzierten Analyse in Bezug auf die Verwendung und Zuordnung vor allem von türkisch-nationalistischen Symbolen und Äußerungen im Internet und in den sozialen Medien.

Der Anstieg des sonstigen auslandsbezogenen Personenpotenzials resultiert vor allem aus der extremistischen Beteiligung am propalästinensischen Protestgeschehen. Zudem spiegeln sich außereuropäische Regionalkonflikte in der hier lebenden Diaspora wider, woraus sich teilweise extremistische Bestrebungen entwickelt haben.

- Mit 263 Delikten stieg die Anzahl der **Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich auslandsbezogener Extremismus** gegenüber dem Vorjahr (105) außergewöhnlich stark an. Diese Entwicklung resultierte unter anderem aus der Zunahme der Delikte im Rahmen der zahlreichen propalästinensischen Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Darüber hinaus kam es sowohl in der analogen als auch digitalen Welt zu zahlreichen Volksverhetzungsdelikten im Kontext des Krieges in der Ukraine.
- Der seit 1999 inhaftierte Anführer der **Partiya Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans)**, Abdullah Öcalan, blieb auch im Berichtsjahr der Kristallisierungspunkt der kurdischen PKK-nahen Diaspora in Hessen. Obwohl er nur über seine Anwälte und Familienangehörigen mit der Partei kommunizieren konnte, war er für ihre Anhänger die zentrale Integrations- und Identifikationsfigur. Es fand kaum eine PKK-nahe Veranstaltung ohne Öcalan-Bezug statt. Die Thematisierung seiner Haftumstände und die Forderung nach seiner Freilassung waren regelmäßig ein wichtiger Teil der Veranstaltungen. Daneben stand das militärische Vorgehen der Türkei gegen die PKK im Nordirak und in Syrien im Fokus.
- Die seit etwa 2017 zu beobachtende Verlagerung von PKK-nahen Großveranstaltungen nach Frankfurt am Main setzte sich im Berichtsjahr fort. Nach der zentralen Newroz-Feier wurde auch das „Internationale Kurdische Kulturfestival“ wieder in der Mainmetropole durchgeführt. Somit finden mittlerweile regelmäßig PKK-nahe Großveranstaltungen mit mehreren tausend Personen in Hessen statt.
- Im Bereich der **auslandsbezogenen Linksextremisten** spielen die Themen „Gefangenensolidarität“ sowie Kampf gegen „Imperialismus und Faschismus“ eine zentrale Rolle. Um die Mitte der



Gesellschaft für sich und ihre extremistischen Ziele zu interessieren, griffen auslandsbezogene Links-extremisten gesamtgesellschaftlich relevante Themen wie etwa „Gewalt gegen Frauen“ und „LGBTI+-Feindlichkeit“ auf.

## WICHTIGE BEGRIFFE

Vor allem in Westeuropa, aber auch in der Türkei wurde der **Maoismus** in den 1960er Jahren zum Vorbild. Als Variante des Marxismus-Leninismus war er in China nach der Machtübernahme Mao Zedongs 1949 entstanden. Drei maoistische Maxime sind: Statt der Arbeiter in den Städten (wie im Marxismus-Leninismus) sind die Bauern die Protagonisten der Revolution, indem sie – unter Leitung der Kommunistischen Partei – einen Guerillakrieg führen. Die dann erfolgreiche Revolution ist permanent, richtet sich also auch gegen die eigene kommunistische Staats- und Parteibürokratie. Von den agrarisch geprägten Entwicklungsländern ausgehend, soll die Revolution die Industrieländer erfassen und in die kommunistische Weltrevolution münden.

Mit dem Neujahrsfest **Newroz** wird nicht nur der Frühlingsanfang gefeiert, sondern auch in Zusammenhang mit einer alten kurdischen Legende der Widerstand gegen die Tyrannie propagiert. Vor allem die PKK stilisiert das Newroz-Fest zum Symbol für den kurdischen „Freiheitskampf“ gegen den türkischen Staat und dessen Organe.

## KURDISCHER EXTREMISMUS

### PARTIYA KARKERÊN KURDISTAN (PKK, ARBEITERPARTEI KURDISTANS)

	<b>Kurzprofil</b>	Ursprüngliches Ziel der PKK war es, einen sozialistisch geprägten Staat („Kurdistan“) zu schaffen. Nachdem die strikt hierarchisch aufgebaute Kaderpartei 1984 zur Erreichung dieses Ziels einen blutigen Guerillakrieg gegen die Türkei begonnen hatte, rückte sie seit 1999 zunehmend davon ab. Inzwischen fordert die PKK die Anerkennung der kurdischen Identität und Autonomie. Laut eigenen Aussagen will die PKK dies vor allem auf politischem Wege erreichen.
	<b>Entstehung</b>	1978 als eine Partei mit marxistisch-leninistischer Ausrichtung, von der sie mittlerweile weitgehend abgerückt ist.
	<b>Gewalt</b>	Die PKK verfolgt eine sogenannte Doppelstrategie, wonach sie Gewalt durch Erreichung ihrer politischen Ziele nur in der Türkei und in ihren Aktionsräumen im Irak und in Syrien, nicht jedoch in der kurdischen Diaspora (etwa in Deutschland) anwendet.
	<b>Regionale Schwerpunkte</b>	Kassel, Gießen (Landkreis Gießen), Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf), Frankfurt am Main, Darmstadt.
	<b>Führung</b>	Abdullah Öcalan (seit 1999 in der Türkei inhaftiert), Murat Karayılan (Irak), Cemil Bayık (Irak).
	<b>Personenpotenzial</b>	In Hessen in den letzten Jahren 1.500, bundesweit 15.000.
	<b>Bewaffnete Gruppen</b>	Hêzên Parastina Gel (HPG, Volksverteidigungseinheiten), Teyrêbazên Azadiya Kurdistan (TAK, Freiheitsfalken Kurdistans).
	<b>Syrischer Ableger</b>	Partiya Yekîtiya Demokrat (PYD, Partei der Demokratischen Union) und deren militärischer Arm, bestehend aus den Yekîneyê Parastina Gel (YPG, Volksverteidigungseinheiten) und den Yekîneyê Parastina Jin (YPJ, Frauenverteidigungseinheiten).
	<b>Betätigungsverbot</b>	Seit November 1993 (bestandskräftig seit März 1994). Die EU stuft die PKK seit 2002 als terroristische Organisation ein.
	<b>Verfassungsfeindlichkeit</b>	Durch das Rekrutieren von „Kämpfern“ und das (zum Teil erzwungene) Sammeln von Spenden in Deutschland unterstützen hiesige PKK-Angehörige die Aktivitäten der PKK-Guerilla in der Türkei, im Irak und in Syrien. Dadurch werden die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Die PKK wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 HVSG beobachtet.

## Themen



- „Freiheit für Öcalan“
- Newroz
- Dauermahnwache in Strasbourg (Frankreich)
- Flaggenspenden
- 32. „Internationales Kurdisches Kulturfestival“
- Terroranschlag in Ankara und die Folgen
- „Aktionen“ in Kassel
- PKK-Strukturen in Hessen

### „Freiheit für Öcalan“

Im Rahmen einer internationalen Kampagne für die Freiheit des inhaftierten PKK-Begründers organisierte eine PKK-nahe kurdische Frauengruppe in Darmstadt im Januar eine Postkartenaktion. Vor einer Postfiliale gab die Gruppe eine Erklärung auf Türkisch ab, in der sie die Freiheit des „kurdischen Volksführers“ und die Beendigung des „Genozids“ am kurdi-

schen Volk forderte. Anschließend wurden zahlreiche Postkarten auf die Gefängnisinsel İmralı in der Türkei versendet.

Am 15. Februar wurden in einer Bahnunterführung in Heppenheim (Kreis Bergstraße) zwei großflächige Banner mit der Aufschrift „Freiheit für Öcalan“ und dem Aufdruck von dessen Konterfei angebracht. Die Aktion stand wahrscheinlich im Kontext des 25. Jahrestags der Festnahme des PKK-Anführers am 15. Februar 1999. Das öffentliche Zeigen des Öcalan-Abbilds ist laut dem Bundesministerium des Innern ein Verstoß gegen das Kennzeichenverbot der PKK.

In Köln (Nordrhein-Westfalen) veranstalteten am 17. Februar PKK-nahe Organisationen eine zentrale „Gedenkkundgebung“ anlässlich des 25. Jahrestags. Zuvor hatten PKK-nahe Jugendliche ihren alljährlichen „Freiheitsmarsch“, der im Berichtsjahr nicht durch Hessen ging, nach Köln durchgeführt.

## Infobox



Der in der Türkei auf İmralı inhaftierte Abdullah Öcalan fungiert weiterhin als **ideologische**

**Führungsfigur der PKK**, da er einer der Mitgründer der Terrororganisation ist und damals sogleich zu deren Vorsitzendem gewählt wurde. Noch heute dienen Öcalans Schriften als Material bei der Kaderschulung. Auch nach seiner Inhaftierung prägte Öcalan jahrelang wichtige Entscheidungen der PKK inhaltlich mit, so etwa das Ziel der kulturellen und politischen Autonomie, das an die Stelle der Etablierung eines eigenen „Kurdenstaats“ trat. Ob Öcalan diesen Einfluss noch hat, ist seit mehreren Jahren jedoch ungewiss.

Im Laufe der Zeit wurde Öcalan in den Reihen der PKK immer mehr verklärt, sowohl seine Verhaftung als auch seine Einzelhaft werden im Sinne der PKK historisiert. Öcalan wird als lebender Märtyrer verehrt, der wegen seines Engagements für eine „richtige und gute Sache“ zu Unrecht inhaftiert und isoliert sei. Angesichts fehlender

Informationen über Öcalan und seine Situation wird bei PKK-Veranstaltungen immer wieder gefordert, über seinen Gesundheitszustand und seine Haftbedingungen zu berichten und ein glaubhaftes Lebenszeichen von ihm zu geben. Bei Gerüchten über eine Verschlechterung seines Lebensumfelds oder seinen Tod organisieren PKK-Anhänger sofort Solidaritätsaktionen.

Am 23. Oktober 2024 durfte Öcalan zum ersten Mal nach über drei Jahren Besuch im Gefängnis empfangen. Sein Neffe übermittelte danach eine Botschaft Öcalans an die Öffentlichkeit: „Wenn die Bedingungen entstehen, habe ich theoretische und praktische Kraft, diese Phase von der Grundlage des Konflikts und der Gewalt auf eine rechtliche und politische Grundlage zu lenken“. In dieser angeblichen Aussage Öcalans schwingt ein Friedensangebot mit, allerdings sind entsprechende Verhandlungen zwischen der Türkei und der PKK in der Vergangenheit immer wieder gescheitert.



### Newroz

Auch die zentrale Newroz-Feier in Frankfurt am Main unterstrich die bedeutende Rolle Öcalans sowohl in der PKK als auch für seine Anhängerschaft. Unter dem Motto „Newroz bedeutet Freiheit, deine Freiheit ist unsere Freiheit“ versammelten sich am 23. März wie im Vorjahr in der Spitzte etwa 35.000 Personen in der Mainmetropole. Allen behördlichen Auflagen zum Trotz waren im Rahmen der Veranstaltung zahlreiche Öcalan- und PKK-Symbole zu sehen.

Wie im Vorjahr hatte die PKK-nahe Dachorganisation Federasyona Civaka Demokratik a Kurdistaniyan e. V. (FCDK/KAWA, Demokratische Föderation der Gesellschaften Kurdistans e. V.) die Kundgebung angemeldet. Laut ANF-News sollte die „international geführte Initiative gegen die Isolation des seit 25 Jahren in der Türkei inhaftierten PKK-Begründers und den Krieg in Kurdistan gestärkt werden“. Bundesweit

mobilisierten PKK-nahe Vereine und Jugendverbände sowie deutsche und türkische linksextremistische Gruppierungen, aber auch Organisationen aus dem nichtextremistischen Spektrum für die Veranstaltung.

Neben einem kulturellen Rahmenprogramm mit musikalischer Unterhaltung gab es verschiedene Redebeiträge, in denen die Freilassung Öcalans gefordert und die angebliche Kriminalisierung der Kurden kritisiert wurde. Die sich in Hessen seit Jahren verfestigende Zusammenarbeit zwischen deutschen sowie kurdischen und türkischen Linksextremisten zeigte sich bei den Merchandise-/Literatur- und Informationsständen, die unter anderem von folgenden Organisationen betrieben wurden: MLPD, Marksist Leninist Komünist Parti (MLKP, Marxistische Leninistische Kommunistische Partei) und Young Struggle (Jugendorganisation der MLKP).



Von einzelnen Verstößen gegen das Vereins- und Hessische Versammlungsfreiheitsgesetz wie dem Zeigen von Öcalan-Abbildungen abgesehen, verlief die Newroz-Feier störungsfrei. Mit den verkauften Bustickets, die gleichzeitig als Eintrittskarten dienten, und den Einnahmen aus dem Verkauf von Speisen und Getränken erwirtschaftete die PKK wahrscheinlich einen hohen sechsstelligen Betrag. Dazu kamen die vom PKK-nahen Heyva Sor a Kurdistanê (HSK, Kurdischer Roter Halbmond) auf dem Veranstaltungsgelände gesammelten Gelder.

In Belgien kam es am 24. März im Rahmen des Newroz-Fests zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Nationalisten und Kurden. Als Reaktion fanden in Deutschland in mehreren Städten Protestversammlungen von PKK-Anhängern statt, in Hessen am 25. März in Frankfurt am Main und Darmstadt, jeweils organisiert von örtlichen PKK-Aktivisten. In Frankfurt am Main demonstrierten etwa 160 Personen unter dem Motto „Gegen die Attacken von Türkischen Faschisten auf Kurd:innen in Belgien“. Mehrfach wurden aus dem Demonstrationszug heraus Böller in Richtung Polizei geworfen und pyrotechnische Gegenstände gezündet. Unter den Demonstranten befand sich ein Block von mutmaßlich deutschen Linksextremisten (15 bis 20 Personen), die sich verummt hatten. Bei der Abschlusskundgebung wurden zwei weitere Böller in Richtung der Einsatzkräfte geworfen. Nach Beendigung der Versammlung zog eine Gruppe von rund 20 Personen über die Zeil und zündete eine weitere Rauchbombe. Einsatzkräfte wurden nicht verletzt.

In Darmstadt demonstrierten rund 50 PKK-Anhänger weitgehend friedlich gegen die Übergriffe türkischer Rechtsextremisten in Belgien. Kurz nach Beginn der Kundgebung skandierte ein Teilnehmer aus der Gruppe heraus die verbotene PKK-Parole „Bijî Serok Apo“ (Es lebe der Vorsitzende Apo). Einem offensichtlich türkisch-nationalistisch eingestellten Passanten erteilte die Polizei einen Platzverweis, nachdem dieser den Demonstranten den sogenannten Wolfsgruß, das Zeichen türkischer Rechtsextremisten, gezeigt hatte.



### Infobox



Der „Graue Wolf“ ist das Symbol der Ülkücü-Bewegung, der „Wolfsgruß“ ihr bekanntestes Erkennungszeichen. Für die Ülkücs (Nationalisten) ist die türkische Nation politisch-territorial und ethnisch-kulturell der wichtigste Wert. Die „Grauen Wölfe“ überhöhen die eigene türkische Identität und würdigen in einer völkerstädigungswidrigen Art andere Volksgruppen herab. So werden zum Beispiel Kurden und die PKK zu „Feinden des Türkeums“ erklärt. Das Personenpotenzial der Ülkücü-Anhänger in Deutschland betrug 12.500.

Ein Großteil der in Deutschland lebenden „Grauen Wölfe“ war bundesweit in drei Dachverbänden organisiert, die sich in einzelne Ortsverbände aufgliederten. In Hessen waren die Anhänger der organisierten Ülkücü-Bewegung vor allem im Rhein-Main-Gebiet aktiv. Die nichtorganisierte Ülkücü-Szene verbreitete überwiegend in den sozialen Medien ihre entsprechende Ideologie.

### Dauermahnwache in Strasbourg (Frankreich)

Seit 2012 demonstrieren PKK-Anhänger ununterbrochen vor dem Gebäude des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strasbourg, wobei sich Vertreter verschiedener PKK-naher Gruppen bzw. Vereine aus ganz Europa wöchentlich abwechseln. Im Juli 2024 bezogen drei Delegationen aus Hessen Stellung für Öcalan. In der ersten Juliwoche waren Vertreter des PKK-nahen Vereins aus Frankfurt am Main vor Ort, die anschließend von einer Gruppe aus Gießen (Landkreis Gießen) abgelöst wurden. Die letzte Juliwoche bestritt eine Familie aus Groß-Bieberau (Landkreis Darmstadt-Dieburg).

### Flaggenspenden

Eine neue Art des Protests zeigte sich im Berichtsjahr in verschiedenen deutschen Fußgängerzonen, mutmaßlich auch in Kassel. Die dortige Tevgera Ciwanen Sorêsgar (TCS, Bewegung der revolutionären

Jugend) postete am 9. September auf Instagram ein Video, auf dem – wahrscheinlich in Kassel – ein Straßenkünstler bei seiner Arbeit gefilmt wurde. Einem aktuellen Trend folgend, malte der Künstler mit bunter Kreide in einem großen Kreis die Flaggen vieler verschiedener Länder der Erde in Herzform auf den Asphalt. Passanten konnten dann ihre „Spende“ entweder in eine Dose oder auf ein „Flaggenherz“ ihrer Wahl legen. Das Video der PKK-Jugend Kassel zeigt, dass neben verschiedenen Staatsflaggen auch Flaggen der PKK sowie der YPG und YPJ aufgemalt und mit Spenden bedacht wurden.



### 32. „Internationales Kurdisches Kulturfestival“

Die neben der Newroz-Feier größte PKK-nahe Veranstaltung, das „Internationale Kurdische Kulturfestival“, hatte 2023 erstmals in Frankfurt am Main stattgefunden. Im Berichtsjahr wurde das Festival erneut in Frankfurt am Main ausgerichtet. In der Spur nahmen daran am 21. September etwa 20.000 Personen (2023: 12.000) aus dem In- und Ausland teil. Die Veranstaltung ist traditionell mit dem „Langen Marsch“ von Angehörigen der PKK-Jugend (15. bis 20. September in Nordrhein-Westfalen) verknüpft, die anschließend nach Frankfurt am Main reisten. Wie in der Vergangenheit war die FCDK/KAWA für das „Kulturfestival“ verantwortlich.

#### Infobox



Der „Lange Marsch“ und das „Internationale Kurdische Kulturfestival“ haben hinsichtlich der Wirksamkeit der PKK-Propaganda eine besondere Bedeutung. So versucht die PKK insbesondere jugendliche Anhänger zu indoktrinieren und für ihren „bewaffneten und politischen Kampf“ zu rekrutieren. Das „Kulturfestival“ bietet hierfür eine ideale Plattform.

Unter dem Motto „Isolation und Besatzung zerschlagen – Freiheit für Abdullah Öcalan“ gab es neben einem kulturellen Rahmenprogramm verschiedene Redebeiträge. Dabei standen die Forderung nach der Freilassung Öcalans und der Protest gegen die

angebliche Kriminalisierung der Kurden im Fokus. Die Teilnehmer zeigten verbotene Öcalan-Abbildungen und PKK-Fahnen, skandierten Parolen wie „Bijî Serok Apo“ und „Bijî PKK“ (Es lebe die PKK) und zündeten pyrotechnische Gegenstände, sodass die Polizei die Organisatoren aufforderte, für das Unterlassen dieser Aktivitäten zu sorgen.

Aus dem Innenbereich von Teilnehmern des „Langen Marschs“ unterstützt, versuchten etwa 50 Personen den Außenzaun zum Veranstaltungsgelände zu übersteigen und Bekleidung mit dem Abbild Öcalans auf das Gelände zu bringen. Die Polizei drängte die Personen erfolgreich zurück. Anschließend betraten etwa 30 Teilnehmer des „Langen Marschs“ die Veranstaltungsbühne, wobei eine vermummte Person eine Fahne mit dem Konterfei Öcalans schwenkte.

Wie bereits bei der zentralen Newroz-Feier zeigten die Merchandise-, Literatur- und Informationsstände, dass deutsche und kurdisch-türkische Linksextremisten zusammenarbeiten. Unter anderem präsentierten sich die MLKP und die Türkiye Komünist Partisi/ Marksist-Leninist (TKP/ML, Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten). Auch beim „Kulturfestival“ erwirtschaftete die PKK wahrscheinlich einen hohen sechsstelligen Betrag. Dazu kamen die vom HSK auf dem Veranstaltungsgelände gesammelten Gelder.

## Terroranschlag in Ankara und die Folgen

Auf einen von der PKK am 23. Oktober in Ankara (Türkei) auf das Luft- und Raumfahrtunternehmen Türk Havacılık ve Uzay Sanayii A.Ş. (TUSAŞ) verübten Terroranschlag reagierte die türkische Regierung noch am selben Tag mit massiven Luftangriffen auf die überwiegend von Kurden bewohnten Regionen in Nordsyrien und die kurdischen Autonomiegebiete im Nordirak. Bei dem Anschlag starben neben den beiden Attentätern fünf Menschen, zahlreiche andere wurden verletzt.

Gegen die türkischen Angriffe kam es europa- und deutschlandweit zu zahlreichen Protesten. In Frankfurt am Main demonstrierten etwa 60 Personen „gegen die Intensivierung der Militäroffensive in Syrien und im Irak“. Auf Bannern war zu lesen: „Nieder mit dem türkischen Kolonialismus – defend Kudistan“ und „Stoppen Sie den Krieg der Türkei gegen die Kurden – Brechen Sie Ihr Schweigen – #NoFlyZoneForRojava“. Es beteiligten sich türkisch-linksextremistische Jugendgruppen.

In Darmstadt demonstrierten 45 PKK-Anhänger gegen „türkische Luftangriffe in den frühen Morgenstunden auf zivile Infrastrukturen der kurdischen Selbstverwaltung in Nordsyrien (Rojava) und auf die Autonome Region Kurdistan in Nordirak“. Dabei wurde die verbotene Parole „Biji Serok Apo“ skandiert.

## „Aktionen“ in Kassel

In der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November tauschten unbekannte Täter am Kasseler Rathaus eine Deutschlandflagge gegen eine Flagge mit dem Konterfei Öcalans aus. Hintergrund war eventuell der zehnte „Welt-Kobanê-Tag“, da am 1. November 2014 kurdische Peschmerga-Einheiten, darunter auch PKK-nahe Verbände, die nordsyrische Stadt Kobanê vom IS befreit hatten.

Sogenannte internationalistische Jugendliche brachten am 11. November im Bergpark Wilhelmshöhe in Kassel unterhalb der Herkules-Statue ein mehrere Meter großes Plakat mit der Aufschrift „Freiheit für Öcalan“ an. Außerdem zeigten sie eine verbotene

PKK-Fahne. Auf der linkextremistischen Internetplattform de.indymedia.org riefen die Internationalisten zur Teilnahme an einer Demonstration für Öcalan am 16. November in Köln (Nordrhein-Westfalen) auf und schlossen ihr Schreiben mit dem Gruß „Wir senden revolutionäre Grüße an alle freiheitsliebenden Menschen, alle untergetauchten und inhaftierten Antifas, die kurdische Freiheitsbewegung und Abdullah Öcalan!“

### Infobox



Die in zahlreichen Staaten aktiven Internationalisten sind Anarchisten, die sich gemäß dem „revolutionären Internationalismus“ für unterdrückte Völker, soziale Gruppen oder die Dritte Welt engagieren. Darüber hinaus bekämpfen sie „Faschismus“ und „Kapitalismus“. Zu den „internationalistischen Kristallisierungspunkten“ zählen seit einigen Jahren auch der „Freiheitskampf“ der Kurden und vor allem die „Revolution“ in „Rojava“. Die in der Bundesrepublik tätigen Internationalisten sind sowohl dem deutschen Linksextremismus als auch dem auslandsbezogenen Extremismus zuzuordnen.

## PKK-Strukturen in Hessen

Die PKK teilt Deutschland in neun Regionen mit insgesamt 31 Gebieten ein, wobei jede Region – auch Hessen bildet eine solche – von einem konspirativ tätigen Führungskader geleitet wird, dessen Verwendung meistens zeitlich begrenzt ist. Durch örtliche kurdische Vereine steuert die PKK sowohl Informationen als auch verschiedene Vorgaben an ihre Anhänger.

Als Dachverband der PKK-nahen Vereine in Deutschland fungiert die Almanya'daki Mezopotamya Topluluklar Konfederasyonu (KON-MED, Konföderation der Gemeinschaften Mesopotamiens in Deutschland). Ihr gehören fünf Föderationen an, darunter die FCDK/KAWA mit Sitz in Darmstadt. In Hessen sind neun Vereine in verschiedenen Föderationen organisiert.



Gemessen am Mobilisierungspotenzial befanden sich in Frankfurt am Main und in Darmstadt die größten kurdischen Communitys mit PKK-Bezug in Hessen. Im Unterschied zu Kassel, Gießen (Landkreis Gießen), Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und Frankfurt am Main agierten die PKK-Anhänger in Darmstadt im Berichtsjahr weitgehend autark. Eine signifikante Vermischung oder Unterwanderung mit bzw. durch deutsche und türkische Linksextremisten fand hier seltener statt. Als Dachorganisation für Europa fungiert der Kongreya Civakên Demokratîk li Kurdistanîyê Ewropa (KCDK-E, Kurdischer Demokratischer Gesellschaftskongress in Europa).

Darüber hinaus trugen im Berichtsjahr weitere Teilorganisationen die Aktivitäten der PKK:

- Tevgera Ciwanen Sorêsgir (TCS, Bewegung der revolutionären Jugend),
- Tevgera Jinen Ciwan en Tekoser (Teko-Jin, Bewegung der kämpferischen jungen Frauen),
- Heyva Sor a Kurdistanê (HSK, Kurdischer Roter Halbmond),
- Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan (YXK, Verband der Studierenden aus Kurdistan),
- Jinê Xwendekarên Kurdistan (JJK, Studierende Frauen aus Kurdistan).

Als Studierendenverbände waren die JJK und der YXK im Berichtsjahr an hessischen Universitäten in Kassel, Gießen (Landkreis Gießen), Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf), Frankfurt am Main und Darmstadt aktiv.

PKK-Positionen werden insbesondere über eigene Medienstrukturen umgesetzt. Neben einem PKK-Fernsehsender (Şterk-TV/NUCE-TV) gibt es die PKK-nahe Nachrichtenagentur ANF (Sitz in den Niederlanden) sowie verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, unter anderem die vom Betätigungsverbot nicht betroffene Yeni Özgür Politika (YÖP, Neue Freie Politik), die in Neu-Isenburg im Landkreis Offenbach erscheint, sowie Serxwebun und Ciwanê Azad.

Mit der PKK verbunden sind die PYD in Syrien sowie die Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê (PJAK, Partei für ein freies Leben in Kurdistan) und die Partiya Çarese-riya Demokratik a Kurdistanê (PÇDK, Partei für eine politische Lösung in Kurdistan) im Irak. Als Schwesterparteien wollen auch sie die Interessen von Kurden vertreten.